

und so eindringlicher Weise hier dargelegt worden, daß sich wenigstens diejenigen, die zu jener Zeit der Ständeversammlung angehört haben, noch des Eindruckes wohl erinnern werden, den diese Darlegungen gemacht haben, und Sie alle werden heute, wenn Sie sich jene Momente wieder vor das Gedächtniß führen, wohl zugeben müssen, daß gerade die letzteren Gesichtspunkte ganz vorzugsweise Berücksichtigung verdienen. Man muß in der Provinz leben, um den Werth einer Gerichtsstätte, den Werth des Vorhandenseins von Beamten und ihres weitreichenden Einflusses in sozialer Beziehung auf die dort befindlichen Elemente schätzen zu können und um in diesen Fragen auch zu einer wohlwollenden Haltung zu gelangen.

Ich kann also nur immer und immer wieder, wie ich es auch in den Deputationsitzungen schon gethan habe, die herzliche und dringende Bitte auch an den gegenwärtigen Herrn Justizminister richten, daß er diese Frage in ihrer Bedeutung nicht unterschätzen möge. Diese Bedeutung ist gerade in der jetzigen Zeit, wo die soziale Frage eine so große Rolle spielt, eine ganz besonders hervorragende, und wenn der Herr Minister diese Frage nach ihrer hohen Bedeutung schätzt, so, glaube ich, wird auch er, wie er es in so freundlicher Weise zugesichert hat, sich nicht entbrechen können, diese Frage mit dem größten Wohlwollen zu behandeln, und auch nicht ohne weiteres die Aussicht abzuschneiden, daß in der nächsten oder wenigstens übernächsten Periode in dieser Beziehung doch einiges Entgegenkommen bewiesen wird.

Eins noch zu erwähnen möchte ich nicht unterlassen. Die Bestrebungen auf Errichtung neuer Amtsgerichte sind unter dem Gesichtspunkte der Dezentralisation aufgefaßt worden. Ja, meine Herren, wenn man das Wort „Dezentralisation“ hierbei dahin auffaßt, daß darunter etwa die Entziehung von Gerichtsstätten verstanden wird in solchen Städten, die solche jetzt besitzen, so würde die Bezeichnung „Dezentralisation“ im vorliegenden Falle schlechterdings nicht passen. Denn keine Stadt, die ein neues Amtsgericht wünscht, will es deshalb anderen Städten entziehen, sondern die in vorliegendem Falle maßgebenden Gesichtspunkte sind doch die und keine anderen, als daß dieselben Verhältnisse, die zur Zeit der Einführung der neuen Gerichtsorganisation für die Vertheilung der Amtsgerichte im Jahre 1879 maßgebend gewesen sind, nämlich das Verhältniß der Amtsgerichte zur Bevölkerungszahl, auch gegenwärtig aufrecht erhalten werden gegenüber dem bedeutenden Wachsthum der Bevölkerungsziffer im ganzen Lande. Also man will nicht gewissen Städten, die sich der Wohlthat von Amtsgerichten erfreuen, diese Wohlthat ent-

ziehen, sondern es soll dem Grundsätze Rechnung getragen werden, daß angesichts der stattgehabten Bevölkerungsvermehrung nun eine entsprechende Anzahl neuer Amtsgerichte errichtet wird, und dieser Grundsatz, meine Herren, ist durchaus in den Verhältnissen begründet und jedenfalls ein nach allen Richtungen hin berechtigter.

Nun aber, meine Herren, liegen ja in der gegenwärtigen Finanzperiode die Verhältnisse so, daß wir uns zu bescheiden haben, daß diesmal die vorliegenden Petitionen nicht anders behandelt werden können, als wie es in Bezug auf die Gesuche um Errichtung neuer Eisenbahnen gehalten worden ist. Auch dort hat man sich beschieden, zwar die bisherigen Zensuren für die betreffenden Petitionen beizubehalten, aber gleichzeitig mit der näheren Erläuterung, daß in der gegenwärtigen Finanzperiode mit Rücksicht auf die mißliche Lage der Finanzen von der Erbauung der petirten Eisenbahnen abgesehen werden solle. Dieselben Erwägungen haben auch in Bezug auf die Amtsgerichte innerhalb Ihrer Deputationen obgewaltet, und ich glaube, auch hierbei wird die Deputation mit ihrem Votum der Gesinnung des hohen Hauses entgegengekommen sein.

Nun würde ich noch Eins recht lebhaft wünschen, was allerdings nur auf formellem Gebiete liegt, nämlich daß wir auch formell den heutigen Gegenstand in analoger Weise behandeln, wie wir das in Bezug auf die Eisenbahnpetitionen gethan haben.

(Sehr richtig!)

Wir haben uns damals mit Rücksicht darauf, daß die Eisenbahnpetitionen zwar dieselbe Zensur erhalten haben, aber ihnen die Aussicht auf Ausführung hat abgeschnitten werden müssen, auch dazu entschlossen, die Reden zu unterlassen, die man sonst bei ähnlichen Gelegenheiten in diesem Falle gehalten hat. Ich glaube, meine Herren, es ist ein wohl allseitig getheilter Wunsch, wenn ich auch hier die Bitte anfüge, es mögen diejenigen, die zu den einzelnen Petitionen zu sprechen sich vorgenommen haben, entweder überhaupt zu sprechen unterlassen,

(Zustimmung.)

weil sie ja von vornherein wissen, daß ihre Ausführungen wenigstens praktisch ohne Erfolg bleiben werden, oder sich doch thünlichster Kürze befleißigen. Mit diesem Wunsche möchte ich schließen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Gleisberg.